

Stand: 30.12.2025 15:22:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3211

"Anhörung zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Verwaltungsverfahren"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3211 vom 02.10.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5570 des VF vom 05.03.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 40 vom 11.03.2015



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Anhörung zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Verwaltungsverfahren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport führt gemeinsam mit dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen eine öffentliche Anhörung mit Sachverständigen sowie Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Rechtsvorschriften (Drs. 17/2820) durch.

Dabei sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

1. Wird die im Gesetzentwurf vorgeschlagene frühe Öffentlichkeitsbeteiligung dem Interesse der Bürgerinnen und Bürger an einer frühzeitigen Beteiligung und Mitsprache gerecht?
2. Wäre eine verpflichtende, frühzeitige und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung am Verwaltungsverfahren, die auch eine Prüfung alternativer Standorte und Trassen beinhaltet, vorzugswürdig und wie könnte ein solcher Prozess im Bayerischen Landesrecht etabliert werden?
3. Wie wird bewertet, dass der Vorhabenträger in dem Gesetzentwurf nicht verpflichtet ist, eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen, sondern die Behörde hierauf lediglich hinzuwirken hat?
4. Wie wird bewertet, dass die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nicht von einer unabhängigen Stelle sondern vom Vorhabenträger durchgeführt wird und welche Vor- oder Nachteile sehen diese in einem unabhängigen Verfahrensmanager für die Durchführung der Bürgerbeteiligung?
5. Wird der Beteiligungsgegenstand („Vorhaben, die nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf die Be-

lange einer größeren Zahl von Dritten haben können“) als ausreichend bestimmt angesehen?

6. Wie wird der Kreis der Beteiligten („betroffene Öffentlichkeit“) bewertet?
7. Wie wird der informatorische Gehalt der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung („Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens“) bewertet? Wäre darüber hinausgehend auch eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Standortentscheidung sinnvoll?
8. Wie wird bewertet, dass das Ergebnis der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung der zuständigen Behörde lediglich mitgeteilt wird, ansonsten aber keine Verbindlichkeit im weiteren Verwaltungsverfahren entfaltet?
9. Ist es ausreichend, dass in dem Gesetzentwurf die Veröffentlichung von Bekanntmachungen und Planunterlagen im Internet erfolgen „soll“ oder wäre die Festschreibung einer verbindlichen Veröffentlichungspflicht vorzugswürdig (vgl. Art. 27a BayVwVfG-E)?
10. Wie wird zusätzlich zu der im Gesetzentwurf vorgesehenen Veröffentlichung im Internet der Aufbau einer einheitlichen Internetplattform durch den Freistaat Bayern bewertet, in der zentral für alle Verfahren nach dem BayVwVfG die Planunterlagen einzustellen sind?
11. Halten diese die Auslegungs- und Einwendungsfristen insbesondere bei Großverfahren für ausreichend (vgl. Art. 73 Abs. 4 Satz 5 und 6 BayVwVfG)?
12. Wie bewerten diese die Vorschriften zur formellen und materiellen Präklusion bei den Einwendungen insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Europäische Kommission gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren zum UmwRG eingeleitet hat, mit dem unter anderem die Präklusion nach dem deutschen Recht als nicht-europarechtskonform gerügt und daher dem EuGH zur Überprüfung vorgelegt wird (vgl. Pressemeldung der Europäischen Kommission vom 17. Oktober 2013, IP/13/967)?
13. Wie bewerten diese die Planerhaltungsvorschriften, sollte die Geltungsfrist von Planfeststellungsbeschlüssen und Genehmigungen beschränkt werden (vgl. Art. 75 Abs. 4 Satz 2 BayVwVfG)?

14. Was halten diese von der österreichischen Institution der Umwelt- und Naturschutzanwaltschaften, die als unabhängige Einrichtung der Bundesländer u.a. für die Wahrung der Umwelt- und Naturschutzinteressen im Verwaltungsverfahren zuständig ist und wäre eine vergleichbare Institution auch in Bayern sinnvoll (<http://www.umweltanwalt-schaft.gv.at/>)?
15. Welche Verbesserungsmöglichkeiten sehen diese insgesamt im Bayerischen Verwaltungsverfahrensrecht zur Stärkung der Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verbände?



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 17/3211

**Anhörung zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Verwaltungsverfahren**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatterin: **Katharina Schulze**  
Mitberichterstatter: **Josef Zellmeier**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 5. März 2015 beraten. Der Antrag wurde von den Antragstellern für erledigt erklärt.

**Franz Schindler**  
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung**

**über eine Verfassungsstreitigkeit, eine Landesgrenzänderung und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.**

**Anlage 2)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit hat der Landtag über diese Voten entschieden.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit, eine Landesgrenzänderung und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 3)**

**Es bedeuten:**

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeit**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Januar 2015 (Vf. 1-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 9 Abs. 1 Sätze 4 und 5, § 9 a Abs. 2 Nr. 3 Alt. 2 und Abs. 5 bis 8, § 27 Abs. 1 Sätze 2 und 3, Abs. 2 sowie des § 29 Abs. 5 des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV) vom 30. Juni 2012 (GVBI S. 318, 319, BayRS 2187-4-I)  
PII-G-1310.15-0001  
Drs. 17/5565 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
II. Der Antrag ist unbegründet.  
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

**CSU**



**SPD**



**FREIE WÄHLER**



**GRÜ**



**Anträge**

2. Antrag der Staatsregierung  
auf Zustimmung zur Landesgrenzänderung zwischen dem Freistaat Bayern und  
dem Land Baden-Württemberg im Zuge des Flurneuordnungsverfahrens  
Wittighausen-Vilchband, Landkreis Main-Tauber-Kreis/Landkreis Würzburg  
Drs. 17/4818, 17/5577 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),  
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und  
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens  
Drs. 17/4477, 17/5330 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Bernhard Seidenath,  
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU  
Studiengänge und Professuren für Pflegewissenschaft  
Drs. 17/4601, 17/5551 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. CSU  
Internationalisierung der bayerischen Hochschulen  
Drs. 17/4699, 17/5376 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Margit Wild u.a. SPD  
Tätigkeitsbericht der Staatsregierung im Kampf gegen Crystal Meth  
Drs. 17/4807, 17/5399 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Martin Schöffel, Thomas Huber u.a. CSU  
Förderung gemeinschaftlicher und öffentlicher Maßnahmen nach den Dorferneuerungsrichtlinien – Anhebung der Fördersätze für gemeinschaftliche und öffentliche Maßnahmen der Dorferneuerung für Gemeinden, die sich im Stabilitäts- und Konsolidierungsprogramm befinden, prüfen  
Drs. 17/4815, 17/5482 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Thomas Huber,  
Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU  
Förderung gemeinschaftlicher und öffentlicher Maßnahmen nach den  
Dorferneuerungsrichtlinien – Sockelförderung in der Dorferneuerung  
in Höhe von 25 Prozent der zuschussfähigen Kosten prüfen  
Drs. 17/4817, 17/5483 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Anhörung zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Verwaltungsverfahren  
Drs. 17/3211, 17/5570

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte,  
Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)  
Menschenunwürdige Wohnbedingungen verhindern –  
Bessere Eingriffsmöglichkeiten für Gemeinden schaffen!  
Drs. 17/4472, 17/5583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**